

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für den Monat 2000,— Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinrich Fahrenbrach, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33. Druck und Versand Joh. van Aken, Erfeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4425, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Deutschland steht nicht!

Nichts kann uns rauben
Liebe und Glauben
Zu diesem Land.
Es zu erhalten
Und zu gestalten
Sind wir gelandt.
Mögen wir sterben!
Unsere Erben
Sitt dann die Pflicht,
Es zu erhalten
Und zu gestalten
Deutschland steht nicht.

Der deutsche Arbeiterkämpfer 22. 8. 1923.

Untergang oder Rettung?

Die derzeitige Lage des deutschen Volkes ist geradezu entsetzlich. Jahrhunderte muß man zurückgehen, bis man unermessbare Bergelände findet. Und sind wir auf der Höhe unseres Lebens? Wer möchte dies behaupten! Schlimmeres scheint noch bevorzuehen. Wir haben die Bestimmung unseres Schicksals aus der Hand gegeben. Die Völker Europas würfen um uns — um ein Volk, das der Zivilisation und der Kultur so unendlich viel gegeben hat. Die Hilferufe in der Welt sind fast ungehört verhallt. Befürchten wir uns doch endlich auf uns selbst. Ob ganz Europa wirklich vor dem Zusammenbruch steht? Das ist möglich. Aber der Zusammenbruch Deutschlands ist sicher, wenn die Dinge nur noch kurze Zeit so weiterdauern.

Weg endlich mit dem gewissenlosen Agkettieren mit dem Bürgerkrieg als etwas ganz selbstverständliches. Weiß denn das deutsche Volk was der Ausdruck des Bürgerkrieges für es bedeuten würde? Weiß es, daß damit sein Leben der Bestand und die Einheit des Reiches zerstückelt würde, daß Sklaverei und Knechtschaft sein Los wäre? Die unmittelbare Folge des Bürgerkrieges wäre der Einmarsch fremder Mächte in das bisher noch unbesetzte Gebiet. Will dies das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit? Will das deutsche Volk derart den sehnlichsten Wünschen der Feinde entgegenarbeiten? Nein und abermals nein! Die verhältnismäßig kleinen Scharen der Links- und Rechtsradikalen sind nicht das deutsche Volk. Dann heißt es aber, nicht tatenlos dahinsinken und am Biertisch sinnlos kritisieren, wie das jetzt noch weite Schichten tun, sondern sich aufraffen zur befreienden Tat.

Soll wir nicht in dem nutzlosen Krakeel über die zweckmäßigste Staatsform das Reich und das Volk zugrunde gehen? Für uns ist die legitime Staatsform die demokratische Republik auf dem Boden der Verfassung, die sich das deutsche Volk in Weimar gegeben hat. Für sie und ihren Bestand werden wir eintreten bis zum Äußersten. Sie werden wir schützen bis zum Letzten. Nicht „auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse“, sondern auf dem Boden der demokratischen Republik müssen wir stehen mit Kopf und Herz. Die badiische Regierung hat aus dieser ihrer Stellung heraus einstimmig und einmütig den 11. August, den Verfassungstag von Weimar, zum Feiertag erhoben und sie wird diese Republik schützen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen Angriffe von links oder von rechts. Und sie hat die Macht dazu.

Weg aber auch mit aller noch so bequemen Latenzlosigkeit verantwortlicher Stellen. Das Volk, das ist meine feste Überzeugung, wird einer starken Regierung folgen. Aber Führung, entschlossene Führung will es haben, und daran hat es teilweise, da und dort gefehlt in den letzten Monaten. Wertvolle Zeit ist ungenützt verstrichen. Was um die Osterstage 1923 vielleicht zu erreichen gewesen wäre, ist veran. Der ungehemmte Notendruck, der für weite Schichten unseres Volkes zum ungehemmten Raub ihres Vermögens und Einkommens geworden ist, war keine Tat. Das Volk will auch keine halben Maßnahmen. Es will kräftiges Durchgreifen und die absolute Sicherung der Volksernährung, um den größten Teil unserer Volksgenossen vor dem Verhungern und der Verelendung zu schützen. Es will, daß endlich einmal alle leistungsfähigen Volksklassen herangezogen werden zur gleichmäßigen Ertragung der schweren Lasten. Es ist bereit, einer Sachwertbesteuerung zuzustimmen, wenn diese uns die Rettung aus dem Chaos bringen kann. Das Volk verlangt eine aktive Politik auf allen Gebieten. Diese Forderungen werden in den weitesten Volkskreisen erhoben. Sie sind keine zerkleinernde Kritik, sondern Forderungen, deren Erfüllung allein noch das Reich vor dem drohenden Untergang retten kann. Und wer diese Forderungen erhebt, der schadet nicht unserem Volk, sondern der dient ihm in Wirklichkeit.

Um die geforderten Maßnahmen durchführen zu können, brauchen wir eine nationale Regierung auf breiterster Grundlage. Die bei ihrem Amtsantritt so sehr gepriesene „Regierung der Wirtschaft“ muß möglichst bald ergänzt werden durch die „Arbeit“. Nur eine Regierung der „Wirtschaft und der Arbeit“ ist in der Lage, durchgreifendes zu tun, und die breite Basis des Vertrauens zu schaffen, die wir unbedingt nötig haben, um das Aller schlimmste zu verhüten. Der Feind steht im Lande — schließen wir deshalb die Reihen und stellen wir alle die in die Front, die zur Hilfeleistung auf dem Boden der Verfassung bereit sind. Rettung oder Untergang, das ist die Wahl, die wir — vielleicht noch kurze Zeit haben werden!

*) Abhang aus einer Rede des badiischen Finanzministers Köhler, gehalten im Reichskammerverein der Offiziere in Karlsruhe am 29. Juli 1923.

Der Deutschen Grundrechte und Grundpflichten.

Zur Jahresfeier der Verfassung des Deutschen Reiches am 11. August.

Eine Feier in dieser trübseligen Zeit? Ja und nein. Keine Feier im landläufigen Sinne des Wortes. Kein äußeres glanzvolles Fest, vor allem kein Fest mit rauschenden Freuden, mit Paraden und Umzügen, mit Volksbelustigungen und tausendfacher Zerstreungen. Das würde unvereinbar sein mit dem Ernst der Gegenwart und mit der derzeitigen schrecklichen Wirtschaftslage des deutschen Volkes und Vaterlandes. Aber dennoch eine Feier! Eine schlichte, würdige Feier zur Erinnerung an jenem Tage, an dem sich das deutsche Volk vor vier Jahren durch seine berufenen Vertreter in der Deutschen Nationalversammlung zu Weimar eine neue Verfassung gegeben.

Haben wir als Arbeiter Veranlassung, dieses Tages zu gedenken? Nur wer den Inhalt der Verfassung des Deutschen Reiches nicht im mindesten kennt, kann diese Frage verneinen. Für den Kenner der Verfassung des Deutschen Reiches kann es aber auf diese Frage nur eine freundliche Bejahung geben. Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 ist auch dem berechtigten Verlangen der deutschen Arbeitnehmerschaft gerecht geworden. Kein Land der ganzen Welt kann sich rühmen, eine so zeitgemäße und eine so freiheitliche Verfassung zu besitzen, als wie sie das deutsche Volk sich selbst gegeben. Der Geist wahrer Demokratie besetzt den gesamten Inhalt der Verfassung. Eine kurze Besprechung des hauptsächlichsten Inhaltes soll uns die Bedeutung der Verfassung, besonders für uns Arbeitnehmer, recht erkennen lassen.

Zunächst eine kurze Inhaltsangabe. Die Verfassung zerfällt mit ihren 181 Artikeln in zwei Hauptteile. Der erste Hauptteil behandelt Aufbau und Aufgaben des Reiches, der zweite Hauptteil die Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen. Im ersten Hauptteil werden in folgender Reihenfolge in sieben Abschnitten behandelt: 1. Reich und Länder, 2. der Reichspräsident und die Reichsregierung, 3. der Reichsrat, 4. der Reichstag, 5. die Reichsgesetzgebung, 6. die Reichsverwaltung, 7. die Rechtspflege. Vieles von dem, was in diesen sieben Abschnitten gesagt wird, ist den meisten unserer Leser bekannt. Dagegen wird wohl nicht so allgemein bekannt sein, was im einzelnen die fünf Abschnitte des zweiten Hauptteiles enthalten. Dieser zweite Hauptteil, der, wie bereits oben gesagt, von den Grundrechten und den Grundpflichten der Deutschen handelt, ist für uns alle von großem Interesse. Die Gliederung dieses Hauptteiles ist folgende: 1. Abschnitt: die Einzelperson, 2. Abschnitt: das Gemeinschaftsleben, 3. Abschnitt: Religion und Religionsgesellschaften, 4. Abschnitt: Bildung und Schule, 5. Abschnitt: das Wirtschaftsleben.

Nun zu den besonders für uns Arbeitnehmer wichtigsten Einzelheiten der Verfassung. Gleich der erste einleitende Satz der Verfassung muß nicht nur allein wegen seines vielfach und bedeutungsvollen Inhaltes, sondern auch wegen seiner Kürze, Klarheit und allgemeinen Verständlichkeit — übrigens ein Vorzug, den dieses wichtigste aller deutschen Gesetzeswerke in ganz besonderem Maße auszeichnet — den Beifall jedes echten Deutschen finden. Die Einleitung hat folgenden Wortlaut:

„Das deutsche Volk, einzig in seinen Stämmen und von dem Willen besetzt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“

Nach dieser infolge ihrer ernstfeierlichen und heiligen Willenserklärung überaus wirkungsvollen Einleitung folgt dann im ersten Abschnitt des ersten Hauptteiles der fundamentale Artikel 1:

„Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Wir bekennen uns zu dieser demokratischen Republik auf dem Boden der Verfassung, die sich das deutsche Volk in Weimar gegeben hat. Zu ihr wollen wir halten und stehen und sie, wenn es sein muß, bis zum Äußersten verteidigen. Es gilt aber auch, dieser demokratischen Republik nicht nur äußerlich anzugehören, sich nicht nur „auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse“ zu stellen, sondern, wie mit Recht der badiische Finanzminister Köhler in einer tieftraurigen Rede am 20. Juli (an der Spitze dieser Nummer auszugeweiht wiedergegeben) ausgeführt hat, zu dieser demokratischen Republik mit Kopf und Herz zu stehen.

Nach mehr wie der erste, ist der zweite Hauptteil der Verfassung von einem freiheitlichen Geiste durchweht. Drei von j. V. nur folgende markante Sätze aus dem Artikel 109, 1. Abschnitt des zweiten Hauptteiles, heraus:

„Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“

In den weiteren Artikeln wird allen Deutschen Freizügigkeit im ganzen Reiche zugesichert, sowie die Unverletzlichkeit der Freiheit der Person. Eine Beeinträchtigung oder Entziehung der persönlichen Freiheit durch die öffentliche Gewalt ist nur auf Grund von Gesetzen

zulässig. Die Meinungsfreiheit wird in dem Artikel 118 garantiert, der folgenden Wortlaut hat:

„Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. In diesem Rechte darf ihm kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von seinem Rechte Gebrauch macht.“

Im zweiten Abschnitt des zweiten Hauptteiles wird das Gemeinschaftsleben in Deutschland geregelt. Der Artikel 119 stellt die Ehe „als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter den besonderen Schutz der Verfassung.“ Die Reinerhaltung, Befundung und soziale Förderung der Familie wird als eine Aufgabe des Staates und der Gemeinde bezeichnet. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge. Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates. Die Vereinigungsfreiheit der Deutschen regelt Artikel 124:

„Alle Deutschen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden. Dies Recht kann nicht durch Vorbeugungsmaßregel beschränkt werden. Für religiöse Vereine und Gesellschaften gelten die besonderen Bestimmungen.“

Der Erwerb der Rechtsfähigkeit steht jedem Verein gemäß den Vorschriften des bürgerlichen Rechtes frei. Er darf einem Verein nicht aus dem Grunde verweigert werden, daß er einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgt.“

Die nachfolgenden Artikel garantieren die Zulassung aller Staatsbürger ohne Unterschied nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern. Im Artikel 130 wird feierlich erklärt:

„Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei. Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet.“

Wo Rechte sind, sind aber auch Pflichten. Artikel 132 besagt: „Jeder Deutsche hat nach Maßgabe der Gesetze die Pflicht zur Uebernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten.“

Und der nachfolgende Artikel 133 spricht ausdrücklich davon, daß alle Staatsbürger verpflichtet seien, nach Maßgabe der Gesetze persönliche Dienste für den Staat und die Gemeinden zu leisten. Artikel 134 verpflichtet alle Staatsbürger ohne Unterschied im Verhältnis ihrer Mittel zu allen öffentlichen Lasten nach Maßgabe der Gesetze beizutragen. Die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit für alle Bürger des Reiches sichert der Artikel 135. Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.

Der letzte Abschnitt des zweiten Hauptteiles beschäftigt sich mit dem Wirtschaftsleben. Dieser Abschnitt ist so bedeutungsvoll und besonders für alle Gewerkschaftler so wissenschaftlich, daß wir in einer der nächsten Nummern darauf besonders eingehen wollen. Nachstehend lassen wir einige der inhaltsreichsten Sätze aus dem Abschnitt folgen:

Artikel 151: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundgesetzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen zu sichern.“

Gewaltiger Zwang ist nur zulässig zur Verwirklichung bedrohter Rechte oder im Dienst überragender Forderungen des Gemeinwohls.

Die Freiheit des Handels und Gewerbes wird nach Maßgabe der Reichsgesetze gewährleistet.“

Artikel 152: „Im Wirtschaftsverkehr gilt Vertragsfreiheit nach Maßgabe der Gesetze.“

Wucher ist verboten. Rechtsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstoßen, sind nichtig.“

Aus dem Artikel 153: „Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. Sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das Gemeine Beste.“

Artikel 157: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches. Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht.“

Artikel 163: „Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die stitliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.“

Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben.

Somit ist angemessene Arbeitslosigkeit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. Das Nähere wird durch besondere Nachforschungen festgestellt.

Der Schlussartikel des letzten Heftes enthält die von früher so oft erwähnte gesetzliche Veranlassung der Betriebsräte in Deutschland. Die Artikel 168 bis 181 enthalten die Übergangs- und Schlussbestimmungen. Schon die wenigen hier angeführten Beispiele aus den einzelnen Artikeln der Verfassung des Deutschen Reiches beweisen jedem Leser überzeugend, daß wir als Arbeiter allen Grund haben, treu zu unserer Verfassung zu stehen. Sie gewährleistet die Rechte der Arbeitnehmer in jeder Hinsicht. Sie ist ein Gesetzgebungswerk, in dem nicht nur allein die Pflichten, sondern auch die Rechte des Bürgers genau umschrieben sind. Freuen wir uns, daß wir dies ein am Boden liegendes schweres Volk in dem unruhigen Revolutionsjahr 1918/19 noch diese Verfassung zu schaffen in der Lage waren. Spätere Generationen werden das sind wir sicher — die Bedenken der Verfassung des Deutschen Reiches, die am 11. August 1919 beschlossen und verabschiedet wurde, viel besser zu würdigen wissen, als wie die heutige lebende Generation.

Als christlich-nationale Gewerkschaftler wollen wir aber an Erinnerungstage der Verfassung des Deutschen Reiches mit Stolz und mit Freude auf dem vorwärts Deutschen Frauen und Männer blicken, die dieses für unser Volk und Vaterland bedeutungsvolle Gesetzwerk in aller schwerster Zeit geschaffen haben. Es sind das die Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung zu Weimar. Wir wollen wir am Tage der Jahresfeier im Geiste die Hand drücken gleichsam als ein stilles Gelübde dafür, daß wir auch dann ihre Sorge und Liebe für unser Vaterland über alle Maßen schlicht geht.

Nein, gerade in der gegenwärtigen bittersten Zeit wollen wir Hand in Hand, Schulter an Schulter eintreten für die Erhaltung des Reiches und für die Verfassung des Deutschen Reiches. Wir wollen — auch in noch so trüber Zeit, ja da erst recht — kämpfen und ringen für unser heiliggeliebtes Vaterland. Es umschlinge uns alle ein Band des Gefühls der Gemeinschaft. Der Geist der Liebe zu Volk und Vaterland muß uns alle erfüllen. Mit dem Geiste der Liebe muß sich der Geist der Kraft und der Einigkeit verbinden. Wenn uns alle dieser Geist erfüllt, dann wird und muß über Deutschland wieder einmal die Sonne glühenden Glanzes aufgehen.

Der Dollar 4800.000 Mark.

So hoch war der Kurs des amerikanischen Dollars zur Zeit, als diese Zeilen niedergeschrieben wurden. Zehntausend Papiermark haben nicht mehr den Wert eines Friedenspreises. Das kennzeichnet den gewaltigen Schritt und das Furchtbare unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage. Die Preise für alle Bedarfsartikel haben eine noch nie dagewesene phantastische Höhe erreicht. Trotz dieser unerschwinglichen Preise sind die Waren überall recht knapp. Zum großen Teile überhaupt nicht mehr käuflich.

Für unsere Frauen und Töchter ist jetzt vor allem eine überaus ernste Zeit angebrochen. Das Reichtum der Kriegszeit ist wieder aufzutreten mit all den üblichen begleitenden Nebenwirkungen. Mangel an Waren in den Geschäften regnerische Kämpfe, die zwischen ganz erbitterten Formen anzunehmen drohen. Manche Verkaufsstellen müssen wegen Überfüllung von Käufern zeitweise geschlossen werden. Bitterer sind diese Tage schon für den, der die Mittel herbeischaffen muß. Sie sind aber noch schwerer für die Hausfrau, die mit einem Haufen verlorener Geldscheine vor unerschwinglichen Preisen in den Kolonialwarenläden, beim Schmecker, Bäcker, im Gemüseladen stehen und oft genug ihrer Erregung und Verzweiflung in Tränen und Schreien freien Lauf läßt.

In mehreren Städten ist es bereits zu Unruhen gekommen. Der Mangel an Lebensmitteln droht noch größer zu werden. Die allgemeine wirtschaftliche Lage Deutschlands wird mit jedem Tag bedrückender. In den

besten Gebieten fehlen vielfach die Lebensmittel, fast vollständig die Kartoffeln, trotzdem über 30.000 TMR für das Pfund bezahlt wurden. Die Frauen heften traurig weinend und schluchzend von den Märkten heim. Viele haben gar nicht das notwendige Geld, das wenige Notwendige zu kaufen, können.

Seltens der Eisenzeit muß alles geschehen, damit die Bevölkerung möglichst schnell und ausreichend mit Lebensmitteln in besonders mit Kartoffeln, versehen werden kann. Die Wirtschaftliche Lage ist in diesen Tagen für den Verbraucher schwer, wenn sie die Notlage dazu mitbrachten durch Zurückhalten der Vorräte höhere Preise zu erzielen. In der Verbraucherschaft aber liegt es, in diesen Tagen des Mangels Ruhe und Besonnenheit zu wahren. Die wirtschaftliche Lage wird nicht besser, bis sie wieder besser der Lage geworden sind, dadurch, daß sie die Ernährung der Bürger sichergestellt haben.

Bei Beratung im Reichskanzler haben die Vertreter aller Spitzenorganisationen der Arbeiter- und Beamtenvereinigungen zur schwierigen wirtschaftspolitischen Lage in einer eingehenden Aussprache in der Reichskanzlei Stellung genommen. Der Reichskanzler gab zunächst einen Überblick über die Lage und über die von der Reichsregierung getroffenen und anstehenden Maßnahmen. Die Vertreter der Gewerkschaften legten sodann dar, wie sie die Lösung der bestehenden Fragen vorstellten. Sie empfahlen Maßnahmen, die teils sofort auf Grund bestehender Gesetze teils in naher Zukunft durch neue Gesetze und Veränderungen durchgeführt werden könnten, mit dem Ziele, stabile finanzielle Verhältnisse im Reiche zu schaffen und damit die Grundlagen für eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt zu erhalten.

Über diese Anregungen wie über die Maßnahmen der Regierung, über deren Richtung die letzte Rundgebung der Regierung vom Sonntag, den 29. Juli, Aufschluß gegeben hat, entspann sich eine bis ins einzelne gehende Erörterung, in deren Verlauf der Reichswirtschaftsminister, der Reichsernährungsminister und der Vertreter des Reichsfinanzministeriums Gelegenheit hatten, die von der Reichsregierung verfolgte Politik zu erläutern. Der Reichsfinanzpräsident legte die Gründe der bisherigen und der gegenwärtigen Politik der Reichsbank dar. Der Reichskanzler schloß die Sitzung mit dem Danke für die gegebenen Anregungen und mit dem Wunsche, daß die Gewerkschaften auch weiterhin in dieser schweren Zeit enge Fühlung mit der Reichsregierung halten möchten.

Dem Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrates sind dann mittlerweile die Landwirte in einem besonderen Aufruf aufgefordert worden, alle Kräfte anzuspannen, um die Erträge, insbesondere der Frühkartoffeln, möglichst weitgehend dem Verbrauch zuzuführen und damit die Lage in den Städten zu erleichtern. Auch die Regierung hat wiederholt noch zur Frage der Beschaffung von Lebensmitteln Stellung genommen. Vorausschlüssig werden dem Lebensmittelhandel gewisse in verstärktem Maße zur Verfügung gestellt werden. Diese und andere Maßnahmen der Regierung lassen erhoffen, daß in kurzer Zeit die größten Schwierigkeiten in der Ernährung des deutschen Volkes behoben sein werden.

Die Schwierigkeiten in der Beschaffung von Lebensmitteln lassen die Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung, als einer notwendigen Ergänzung der Gewerkschaftsbewegung, gerade in diesen Tagen ganz besonders deutlich in die Erscheinung treten. Gerade in der jetzigen Zeit zeigt es sich viel klarer als sonst, daß nicht die Höhe des Lohnes allein entscheidend ist für die Lebenshaltung des Volkes, sondern die Kaufkraft des Verdienstes. Mit der Erhöhung des Einkommens als solchem hat der Konsumverein nichts zu tun. Das ist Sache der Gewerkschaften. Aber der Konsumverein erhöht das Realeinkommen der Verbraucher, er erhöht die Kaufkraft des Lohnes dadurch, daß er zunächst bei der Warenvermittlung, dann aber auch

später bei der Warenverteilung den überflüssigen Warenhandel ausschaltet und dadurch die Waren billiger und nun auch manche in anderer Lager trotz dieser anerkannten Bedeutung der Konsumgenossenschaft mit ihrer billigeren, wirksameren und gesünderen Wirkung der Konsumgenossenschaftsbewegung in der Gegenwart nicht groß genug. Es ist schon richtig, die Bedeutung der Konsumvereine müßte gerade in unserer so überaus schweren Zeit viel viel größer sein. Warum ist dieses aber nicht? Was hat noch zu viele Gewerkschaftler Ähren und Wunden von den Konsumvereinen erfahren, ohne daß aber diese Konsumvereine vorrangig und zutreffend genug zu unterstützen. Je zahlreicher sich die Verbraucher den Konsumvereinen anschließen und durch den gemeinsamen Bezug aller Waren und durch Zahlung eines der Geldentwertung angepaßten Geschäftsanteiles die Konsumgenossenschaftsbewegung fördern, um so mehr und um so eher wird diese in der Lage sein, auch in noch so drangvollen Zeiten, die den gegenwärtigen, die Bevölkerung mit preismäßigem und genügenden Mengen von Lebensmitteln und anderen Waren versorgen zu können.

Kuhrbefehle und internationaler Bund der christlichen Gewerkschaften.

Unter der Überschrift: Die französischen und die deutschen christlichen Gewerkschaften nimmt das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschland Nr. 13/14 vom 16. 7. 23 Stellung zu einem Protest der französischen christlichen Gewerkschaften gegen eine Einseitigkeit, die von den Spitzengewerkschaften aller Richtungen in Deutschland aus Anlaß der Erschießung der Kruppischen Arbeiter angenommen wurde. Das Protestschreiben wurde vom Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Kollegen Otte, beantwortet. Form und Inhalt des Schreibens werden ganz gewiß auch des Textes und die Zustimmung unserer Mitglieder finden. Der Wortlaut des Briefes ist ungekürzt in dem nachfolgenden abgedruckten Artikel des Zentralblattes wiedergegeben.

Vor einiger Zeit ging durch die sozialdemokratische Tagespresse und auch durch eine Reihe freier Gewerkschaftsblätter eine Notiz, in der u. a. ein Brief der französischen christlichen Gewerkschaften an das Sekretariat des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften veröffentlicht wurde. In diesem Brief wehrt sich die Leitung der französischen christlichen Gewerkschaften gegen die Anregung des Sekretariats des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften, die einzelnen Landeszentralen möchten bei ihren Regierungen darauf hinwirken, daß eine Befreiung des Ruhrgebietes hintangehalten werde. In dem Schreiben wird bemerkt, das an das Sekretariat des Internationalen Bundes gerichtet ist, man solle lieber bei der deutschen Regierung dafür eintreten, daß Deutschland seine Reparationspflichten erfülle. Dieser Brief wurde von der sozialistischen Presse stark kommentiert.

Wir wären auf die Angelegenheit nicht zurückgekommen, wenn wir nicht aus Anlaß dieses Vorganges aus den Kreisen unserer Anhänger verschiedene Anfragen bekommen hätten. Es ist bekannt, daß die französischen christlichen Gewerkschaften in Sachen der Kuhrbefreiung mehr oder minder mit der französischen Regierung einig gehen. In Anbetracht der Einstellung des französischen Volkes überhaupt kann uns diese Haltung auch nicht allzu sehr verwundern. Es wäre aber falsch, aus diesem Anlaß die Schlussfolgerung zu ziehen, daß der Internationale Bund der christlichen Gewerkschaften verlagert oder seine Pflicht nicht getan hätte. Die Leitung des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften, die natürlich mit den Strömungen in den einzelnen Ländern rechnen muß, hat, das muß anerkannt werden, in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse getan, was sie konnte, und in verschiedenen Sitzungen des Vorstandes ist trotz der französischen Stellungnahme der Standpunkt der Internationale zu den Fragen der Kuhrbefreiung und der Reparationsleistungen festgelegt worden. Die diesbezüglichen Entscheidungen wurden im Zentralblatt veröffentlicht. Der Internationale Bund der christlichen Gewerkschaften hat nicht die Aufgabe und kann von sich aus nicht in die Außenpolitik der einzelnen Länder eingreifen.

Die Berufsfrage und die industrielle Arbeiterin.

Wie sieht es mit der Verwirklichung des gestellten Zieles aus? Ist seine Erreichung möglich? Kann es nur annähernd erreicht werden, oder bewegt es sich in lebensfernen Bahnen? Es ganz zu erreichen, wird der Erfahrung gemäß unmöglich sein, es annähernd, teilweise zu erreichen ist, wird die Zukunft zeigen müssen, sie wird diese Aufgabe zu lösen haben.

Verschiedentlich sind die Mittel zu dieser Lösung. Man verspricht sich viel von dem kommenden Berufsgesetz, das die Berufspflicht für alle jugendlichen Arbeiterinnen — ob gelernt oder ungelernt — vorsieht. Wie schon der Name Berufspflicht gegenüber der bisherigen Fortbildungsschule sagt, soll das Hauptgewicht auf den Beruf gelegt werden. Die Sache liegt bei der Arbeiterin aber wesentlich anders als bei dem Arbeiter. Wohl soll auch des jungen Mädchens durch die Berufspflicht angeleitet werden. Fehler in der Berufswahl auszugleichen, neue Möglichkeiten auszuwerten, in den Sinn und in den Zusammenhang der Teilarbeit einzubringen, sich eines Einblicks in den Produktionsprozess zu verschaffen vom Stoffe bis zum Fertigprodukt. Doch wenn durch dieses rein verhandlungsähnliche Einwirken und Beharren bei dem Arbeiter im Hinblick auf die innere Berufseinstellung nur sehr wenig erreicht wird, wie auch das in der genannten Schrift angedeutet, mittel weniger wird damit bei der Arbeiterin für die Berufsanpassung erreicht werden. Solchen allgemeinen Berufen wird die Arbeiterin für die Dauer eine kühle Zurückhaltung entgegenbringen. Sie will Seele und Mitleiden in der Arbeit finden und kein Recht und Abwärt. Die Fabrikarbeiterin bringt der Sache schon mehr Interesse entgegen. Doch die ungelernete Arbeiterin, welche die allgemeine Klasse bildet, wird dafür weniger zu haben sein. Was nun in der Berufsschule mit diesen Sorgenkindern anfangen, um ihnen den Berufsgedanken näher zu bringen? Die Persönlichkeit der Lehrerin muß es sein, die den jungen Mädchen die Berufsschule zu betreten werden läßt. Eine ethische und religiöse Verdrängung des Arbeitsgedankens wird dem Berufsgedanken die Wege bahnen, soweit es überhaupt möglich ist. Bedingung ist, daß die

Lehrerin die Arbeiterinnenfrage von Grund aus kennt, sich in sie lebendig einfüllen kann, ein warmes Herz und das soziale Versehen einer Elisabeth Snaus-Rühne hat. Wie man von den Lehrerinnen an Fachklassen fordert, daß sie praktisch in dem Gewerbe gearbeitet haben, so sollte von der Lehrerin an der allgemeinen Klasse gefordert werden, daß sie in der Fabrik gearbeitet habe, weniger, um die Arbeit kennen zu lernen, als vielmehr, um die Welt der Arbeiterinnen auf sich wirken zu lassen. Unseren Studentinnen, Nationalabgeordneten, Sozialdemokraten, die sich mehr oder weniger der Arbeiterinnenfrage zu widmen haben, könnte praktische Fabrikarbeit für ihren Beruf und ihr Wirken von Mensch zu Mensch nicht schaden. Manche Kunst ließe sich dadurch leichter überbrücken, mehr Versehen und mehr Seele besteten sich an die Arbeit. Doch diese Gedanken nur nebenbei. Die Berufsschule wird die Arbeiterin auch für ihren wahren Beruf als Frau und Mutter vorbereiten haben, praktische und theoretische Ausbildung für den Haushalt, ethische Vertiefung für die Einstellung zur Familie zu vermitteln haben.

Ein weiteres Mittel, den Berufsgedanken zu wecken, sehe ich in den konfessionellen Arbeiterinnenvereinen. Sie bilden den Zusammenhang von Gleichgesinnten auf einer religiösen Grundlage, um in dieser Gemeinschaft das Ethische, die Kulturarbeit zu pflegen, um Mensch unter Menschen zu sein. Leider habe ich des letzteren die Erfahrung gemacht, daß die Arbeiterinnen nicht einen Vereinen, der sich speziell Arbeiterinnenvereine nennt, anschließen wollen, daß ihnen das zu wenig dünkt. Als man in einigen Orten daranging, dem Klode einen anderen Namen zu geben, da besaß das neue Gebilde wieder Zurückweisung, obwohl es im Grunde genommen das selbe geblieben war. Schon dieser Umstand zeigt den Mangel des Berufsgedankens bei der Arbeiterin. Die konfessionellen Arbeiterinnenvereine haben es in der Hand, ihre Mitglieder in dieser Hinsicht erzieherisch zu beeinflussen.

Ein jüngeres Versuchensfeld mit der Arbeit ist auch — und nicht an letzter Stelle — durch eine Aenderung der Arbeitsverhältnisse für die Arbeiterin zu erreichen. Unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung stellt immer wieder den Standes auf. Mittelpunkt der Wirtschaft ist der Mensch. Dieser Satz verdient mit Hinblick auf die Arbeiterin besondere Würdigung. Die Arbeiterin ist zugleich Deutschlands Frau und Mutter, die Seele und Grundlage der Familie. Die Behandlung der Arbeiterinnen ist manchmal aber nicht da-

nach. Die falschen Persönlichkeiten stehen oft an der Stelle des Meisters oder Vorgesetzten. Wenn heute das Führerproblem immer wieder aufgerollt wird, dann könnte man auch in diesem Falle von einem ähnlichen Probleme sprechen, von der psychologischen Eignung der Leute, die im Betriebe Arbeiterinnen unter sich haben. Das persönliche Moment spielt bei der Arbeiterin für die Einstellung zu ihrer Arbeit eine größere Rolle als beim Arbeiter. Daß die Arbeiterin dieses persönliche Moment, die Achtung der industriellen Lohnarbeiterin als Frau und als Arbeitskraft, bitter vermisst und dieser Mangel keine Berufsfreude aufkommen läßt, kommt bei den Arbeiterinnen immer wieder zum Ausdruck. Wo das Persönlichkeitsempfinden bei der Arbeiterin nicht gepflegt, sondern mit rauher Hand abgefrastet und zerstört wird, da ist die Entwertung und die Bodenlosigkeit von Arbeiterin und Arbeit die unabwendbare Folge. Für die mangelnde Rücksichtnahme auf die Arbeiterin als Frau sprechen die Leistungen. Aus der Kriegszeit ist es vielfach noch mit hinübergenommen worden, daß man sich über die Forderung des Arbeiterinnenschutzes hinwegsetzt. Ein weiterer Umstand ist die formale, leere und Aushaltung des Lohnniveaus der Arbeiterinnen von Seiten mancher Arbeitgeber, welche Handhabung die Herabsetzung der Lebenshaltung der Arbeiterin zur Folge hat. Das alles hat nicht dazu beigetragen, den Berufsgedanken bei der Arbeiterin zu pflegen. Die Arbeiterin hat mehr als der Arbeiter die persönliche Achtung und die Achtung ihrer Arbeit verdient. Und von einem Menschen, der in seiner Arbeit nicht geachtet und dessen Arbeit nicht entsprechend bewertet wird, kann unmöglich verlangt werden, daß er seine Arbeit liebt und achtet.

Ganz wird die Frage so nie gelöst werden können, schon allein aus dem Grunde, weil bei der erwerbstätigen Frau ein Dualismus vorliegt, zwei Berufsmöglichkeiten sich aufbauen. Das Berufsproblem muß diesem Dualismus Rechnung tragen und die zwei Möglichkeiten ins Auge fassen. Weil es mit der Veranlagung der Frau zusammenhängt, daß der Beruf der Gattin und Mutter das persönliche Verbundenheit und die persönliche Hingabe, das Wesen eines jeden Selbstbewußtseins auslöst, wird es bei der Berufsfrage für die Arbeiterin, die wir hier speziell im Auge haben, darauf ankommen, der Frau in ihrer Erwerbsarbeit einen Berufsinhalt zu geben, damit die große Zahl der Arbeiterinnen nicht wertlos besteht.

Er hat ein mehr oder minder beschränktes Aufgabengebiet. Allerdings kann er auch an den sich jetzt vollziehenden weltgeschichtlichen Fragen nicht achtlos vorübergehen. Dies um so mehr nicht, als von den Reparationsleistungen und von der Ruhrbesetzung das Schicksal der deutschen Arbeiter und ihre sozialen und wirtschaftlichen Interessen auf das Allerstärkste berührt werden. Das Schicksal der deutschen Arbeiter wird aber letzten Endes auch wieder auf die Lage der ausländischen Arbeiter zurückwirken. Wenn infolge der französischen Kriegs- und Reparationspolitik der Achtstundentag in Deutschland zusammenbricht, so wird er im Auslande ganz sicher befristigt werden.

Es ist bedauerlich, daß die französischen christlichen Gewerkschaften für diese Sachlage so wenig Verständnis haben. Sie stellen sich auf den Standpunkt, daß der Internationale Bund der christlichen Gewerkschaften sich überhaupt mit den gleichen Fragen nicht beschäftigen soll. Sie sind mit diesem Standpunkt bisher aber nicht durchgekommen. Die deutschen christlichen Gewerkschaften würden auch nicht zugeben, daß der Behandlung durch den Internationalen Bund Fragen entgegen werden, die nicht nur für die Arbeiterschaft Deutschlands, sondern für die in allen Industriezweigen, Lebensinteressen berühren.

Anlässlich der Erschiebung der Kruppischen Arbeiter wurde vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands den Landeszentralen in den einzelnen Ländern ein Schreiben nebst der von den Spitzenorganisationen angenommenen Entschließung zugesandt, auf das die französischen Gewerkschaften brieflich mit Protest antworteten. Darauf wurde den französischen christlichen Gewerkschaften vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands ein Schreiben übersandt, das wir in seinem ganzen Inhalt folgen lassen:

Sehr geehrter Herr Birnfeld!
Ihr Schreiben an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften vom 17. April 1923 beziehe ich mich in nachfolgendem zu beantworten:

Zur Klärstellung möchte ich folgendes vorausschicken: Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat am 4. und 5. April d. J. seine übliche Frühjahrsauschussung in Köln abgehalten, und ich selbst befand mich in diesen Tagen auch in Köln. Während der Ausschussung in Köln ist in Berlin unter den in Deutschland vertretenen Spitzenorganisationen aus Anlaß der in Essen erfolgten Erschiebung der Kruppischen Arbeiter ein Aufruf „An die Arbeiter der Welt“ vereinbart worden. Vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hat Herr Kaiser, der zu unserer Vertretung in Berlin zurückgekehrt war, an dem Zustandekommen des Aufrufs mitgewirkt und denselben nach erfolgter Drucklegung dem Internationalen Bund der christlichen Gewerkschaften angehängten Landesorganisationen zugesandt. Nach meiner Rückkehr von Köln war der Versand des Aufrufs bereits erfolgt.

Ich erwähne dieses lediglich zur Klärstellung und bemerke, um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, daß ich nicht im Gegensatz zu meinen deutschen Kollegen und zu dem Inhalt des Aufrufs stehe.

Nun zu dem Inhalt Ihres Schreibens:

Ich sehe, daß Ihre Auffassung leider so weit von unserer Auffassung entfernt ist, daß eine Verständigung fast unmöglich erscheint. Wenn ich trotzdem auf den Inhalt Ihres Briefes näher eingehe, dann einerseits, um einerseits gegenüber unserer Bewegung zu genügen und andererseits in der Hoffnung, wenigstens Verständnis für unsere Lage und für unseren Standpunkt bei Ihnen zu finden. Bei meinen Darlegungen will ich mich auf einige wenige Gesichtspunkte beschränken. Ich knüpfe dabei an Ihre letzten Ausführungen in Ihrem Briefe vom 17. April an. Sie erklären, daß die Gewerkschaftsbewegung sich nicht mit politischen, sondern mit den Fragen des Lohnwesens und den sozialen Fragen beschäftigen soll. Ich gehe mit Ihnen darin einig, daß die urchigste Aufgabe der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages und des Arbeitsverhältnisses liegt. Um so mehr haben aber die deutschen Gewerkschaften Veranlassung, für die Freiheit der Arbeitsstätte, die durch den Kupferfall aufs schärfste bedroht ist, einzutreten. Der Kampf der deutschen Arbeiter aller Richtungen hat doch schließlich das eine Ziel, nämlich: die Freiheit der Arbeits- und Wohnstätte! Wenn die Eisenbahner nicht unter dem Zwang der Bajonette und unter fremder Staatsaufsicht arbeiten, wenn die Bergleute nicht auf Befehl fremder Machthaber Kohlen fördern, die Arbeiter überhaupt sich dagegen verwahren, daß Offiziere und Soldaten auf ihre Arbeitsstätte kommen, in den Gang der Betriebe eingreifen, Betriebsmittel wegnehmen und den Arbeitern Befehle erteilen, was tun die deutschen Arbeiter dann anderes, als um die Freiheit ihrer Arbeits- und Wohnstätte kämpfen? Zu Tausenden sind Beamte und Eisenbahner, zu einem ganz erheblichen Teil sogar mit Familie, aus Heimat und Wohnung vertrieben. Was kosten diese Menschen anderes, als ihrer Regierung, der sie die Treue im Dienste geschworen, die Diensttreue halten! Sowohl der Militarismus, die Gewalt, bedroht die deutschen Arbeiter in der Freiheit ihrer Wohn- und Arbeitsstätte. Wenn die deutsche Gewerkschaftsbewegung dagegen protestiert, so bleibt sie im Rahmen eines Aufgabengebietes, das naturgemäß zu ihrem urchigsten Aufgabengebiet gehört. Können Sie sich unter solchen Umständen darüber wundern, daß der Aufruf der deutschen Arbeiter flammenden Protest gegen solchen Militarismus aus Anlaß des Essener Vorganges erhebt?

Sie sagen nun, es handle sich um die Gerechtigkeit, und die französische Regierung habe eine Unterjochung versprochen, bzw. in die Wege geleitet. Die französische Militärbehörden haben leitende Direktoren der Kruppischen Werke gefangen gesetzt und wollen vor einem Militärgericht das Urteil fällen. Ein solches Urteil kann man aber nicht zu Recht anerkennen. Denn in diesem Falle ist das Gericht Partei und Richter in einer Person. Das ist keine Gerechtigkeit.

Deutschland hat um die Entscheidung eines unparteiischen internationalen Schiedsgerichts gebeten. Sie sehen also daraus, daß es um durchaus nicht darum zu tun ist, einseitig und ungerecht zu urteilen, und es liegt nun an Frankreich, ob es von unparteiischer Seite die Gerechtigkeit feststellen lassen will.

Unser glühender und bester Wunsch ist, daß endlich Gerechtigkeit wird. Wir sind bereit zu erfüllen, und zwar bis zur Grenze des äußersten Möglichen. Warum läßt man auch nach der Seite hin keine Gerechtigkeit wollen und erkennt das an, was von unparteiischer und sachverständiger Seite hinsichtlich der Leistungsfähigkeit Deutschlands festgestellt wird, bzw. festgestellt werden kann. Soll denn nur ausjenseits das Gerechte sein, was einseitig von der direkt Beteiligten, die die Macht haben, verlangt wird? Soll Deutschland wieder gezwungen werden, etwas zu unterstützen, was es beim besten Willen nicht leisten kann, und sollen die deutschen Arbeiter, deren Lebenshaltung so wenig die Interessen der ganzen Welt geworden ist, werden

und sich durchhungern für fremden Militarismus? Sollen alle ihre sozialen Errungenschaften zusammenbrechen? Sie werden sagen: Das wollen wir nicht! Ich will das zugeben, jedoch liegen die Dinge so, daß das nun mir Geschickte die Wirkung des jetzigen Vorgehens gegen Deutschland ist. Darauf kommt es letzten Endes für uns Arbeiter an.

Doch was schreibe ich noch. Wäre es nicht besser, Sie kämen einmal nach Deutschland und läßt sich insbesondere im Ruhrgebiet die Lage an? Ich hoffe, daß die französische Militärbehörde gestatten wird, Sie an die Stätten zu führen, worauf es ankommt, und auch Fragen und Recherchen anzustellen. Sie würden übrigens auch von der deutschen Regierung und von den verantwortlichen Stellen in Deutschland alles Material und diejenigen Unterlagen bekommen, welche notwendig sind, um ein klares Bild darüber gewinnen zu können, auf wessen Seite die Gerechtigkeit ist.

Ich würde mich glücklich schätzen, wenn wir alsbald aus der Atmosphäre des Hasses und der Zwietracht heraus wären und die Völker sich darauf bestimten würden, daß Gerechtigkeit und Liebe Grundfundamente sind, ohne die die menschliche Gesellschaft nicht bestehen kann.

Mit Gewerkschaftsgruß
Bernhard Otte.
Der Brief ist so klar und eindeutig, daß eine weitere Auslegung des Standpunktes der deutschen christlichen Gewerkschaften sich erübrigt.

Aus unserer Bewegung

Der

aus Ueberzeugung in der Gewerkschaft stehende Arbeitnehmer weiß, daß der

wöchentliche Beitrag

ein notwendiges Opfer ist. Durch den sachungsgemäß richtig geleisteten Beitrag verküsst er immer mehr die Stützkräfte seiner Organisation. Der Maßstab für die Höhe des Beitrages

muß gleich sein

dem Nutzen und dem Erfolge gewerkschaftlicher Arbeit. Zahlenmäßig am besten ersichtbar tritt dies beim Tarifverträge in Erscheinung. Nicht nur die allgemeinen Arbeitsbedingungen werden im Tarifverträge festgelegt, sondern auch der Lohn. Wie in der Vorkriegszeit, so ist es heute viel eher notwendig, daß der Wochenbeitrag entspricht

einem Stundenlohn.

Unsere Führer als Gefelle der Befugungsgruppen.

Im linksrheinisch besetzten Gebietsteil (Aachen, M.-Gladbach, Esfeld) sind die Bezirksleiter unseres Verbandes von den belgischen Befugungsgruppen aufgefordert worden, sich als Gefelle zum Mitfahren der französisch-belgischen Regiezüge zu stellen. Die Kollegen Weber-Aachen und Hermes-M.-Gladbach mußten, dieser Aufforderung folgend, schon mehrere Tage mit den Regiezügen hin und her fahren. Es handelt sich um Maßnahmen, die in dem von Belgien besetzten Gebietsteilen zur Anwendung gelangen. Von diesen sind auch in Aachen, zusammen mit dem Oberbürgermeister Farwick, die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen Beigeordneten Kühnen (Deutscher Textilarbeiterverband) und Franz Müller (Mitglied unseres Verbandes), aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden.

Wertbeständige Löhne — wertbeständige Verbandsbeiträge!

Ein langjähriger Vertrauensmann unseres Verbandes hat uns zu dieser bedeutungsvollen innerorganisatorischen Verbandsangelegenheit in der nachfolgend abgedruckten Zeitschrift in anerkennenswerter freiwilliger Weise seine Ansicht mitgeteilt:

Kann es denn überhaupt etwas anderes geben? Wertbeständige Löhne auf der einen, müssen wertbeständige Verbandsbeiträge auf der anderen Seite zur Folge haben. So sollte es wenigstens im ganzen Verbandsgebiete sein. Wer hat uns denn die wertbeständigen Löhne erkämpft? Wer hat mit größter Ausdauer und Zähigkeit immer und immer wieder die Forderung nach wertbeständigen Löhnen vertreten? Und zwar solange, bis endlich die Arbeitgeber dem vereinigten Drängen aller Vertreter der Zentralgewerkschaften stattgegeben? Es waren unsere Berufsorganisationen, es waren die Zentralgewerkschaften der Arbeiter. Darum gebietet schon die einfachste Pflicht der Dankbarkeit, daß nun alle Gewerkschaftler auch allwöchentlich einen dem wirklichen Stundenverdienst entsprechenden Verbandsbeitrag entrichten.

Aber wenn man hiervon auch ganz absteht, es ist nun einmal Gesetz, daß jedes Mitglied in jeder Woche einen Beitrag in der Höhe eines Stundenlohnes leisten muß. Dieses Gesetz haben sich auf dem letzten Verbandstage unsere Mitglieder selbst. (Siehe S. 26 der Verbandsfassung.) Die Mitglieder waren es doch, die ihre Vertreter zum Verbandstage schickten. Diese Vertreter beschloßen im Auftrage der Mitglieder, was im Interesse der Mitglieder und des Verbandes gelegen. Ein Mitglied, das es mit den Pflichten im Verbandsrat nicht einverstanden ist, sollte sich nicht an dem sachungsgemäßen Wochenbeitrag nicht erst beteiligen.

Wir brauchen einen in jeder Hinsicht leistungsfähigen Verband, weil wir auch in der Zukunft für unsere Rechte kämpfen müssen. Von unseren Vertretern muß bei den Lohnverhandlungen immer wieder auf die Feuerung und auf den gesunkenen Geldwert hingewiesen werden. Kürzlich habe ich noch in einer Versammlung unter dem Beifall aller Teilnehmer ausgeführt: „Bei uns Arbeitern kommt es nicht in erster Linie und nur einzig und allein auf die Höhe des Lohnes an. Ausschlaggebend ist, was wir Arbeiter von unserem verdienten Lohn zu kaufen können.“ Gerade in diesen Tagen erleben wir ja eine rasende Geldentwertung. Der Lohn, und wenn er noch so hoch ist — schmilzt wie Schnee in der Sonne. Aber liegen nicht genau so auch für unseren

Verband die finanziellen Verhältnisse? Jedem Mitglied sollte doch längst bekannt sein, daß der Verband Zeitungen und Drucksachen — und in nicht geringen Mengen — beschaffen muß. Wie sind nun ausgerechnet allein die Preise für Zeitungspapier in den letzten Jahren gestiegen? Unsere Verbandszeitung hat gerade in der letzten Zeit wiederholt schon diesbezügliches geradezu Aufsehen erregendes Material veröffentlicht. Ich will mich für heute nur mit der einen Gegenüberstellung begnügen: Im Juli 1914 kosteten 10 000 Kilogramm Zeitungspapier noch M. 2000,—; im Juli 1923 dagegen kosteten 10 000 Kilogramm Zeitungspapier bereits schon 74 000 000,— M. Das sind aber nicht die einzigen Ausgaben, die der Verband nur für Zeitungspapier und für Drucksachen hat. Man könnte ähnliche Vergleiche wie beim Zeitungspapier ziehen hinsichtlich der Unterstüngen, Fahrgeleider, Portos, Fernsprecher und Telegraph, Frachten, Mieten, Gehälter usw. Einem Mitglied, das nicht einsehen will, daß die Verbandsbeiträge den veränderten Verhältnissen angepaßt werden müssen, ist nicht zu raten und zu helfen.

So und nicht anders liegen die Verhältnisse im Verband. Darum sollten sich die Mitglieder aber auch nicht immer erst schieben und drängen lassen, wenn es gilt, den sachungsgemäßen Verbandsbeitrag zu zahlen. Nach jeder Lohnhöhung sollten die Ortsgruppen ganz von selbst dazu übergehen und sofort einen Beitrag erheben, der dem neuen Stundenlohn entspricht. Sind denn nun wirklich in jedem einzelnen Falle diese langen Konferenzen und Versammlungen immer noch notwendig, um die Verbandsbeiträge den Verhältnissen anzugleichen? Ist es auch fernherhin immer noch notwendig, daß man zu jeder Konferenz oder Versammlung, die zur Beitragsfrage Stellung nimmt, einen Verbandsbeamten unbedingt heranzieht? Muß man denn für diese selbstverständliche gewerkschaftliche Frage die Angeestellten, die ohnehin unter der Last der Verhandlungen und sonstigen Obliegenheiten fast zusammenbrechen, auch noch in jedem einzelnen Fall bemühen? Könnte nicht gerade in dieser Hinsicht wirkungsvoll gespart werden? Nicht nur allein an Geld, sondern an Arbeitskraft und an Zeit? Die Anpassung der Beiträge an den Stundenverdienst ist nun einmal einstimmiger Beschluß der Verbandsgeneralsversammlung. Diese Selbstverständlichkeit muß nun aber bald endlich einmal feststehender Grundsatz aller Mitglieder werden.

Wir haben als Mitglieder aber nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus persönlichen Gründen alle Ursache, den sachungsgemäßen Stundenlohn als Wochenbeitrag gern und freiwillig zu leisten. Der Kluge baut vor, so sagt ein Sprichwort. Unserem Verbands werden die wirtschaftlichen Kämpfe trotz Arbeitsgemeinschaft nicht erspart bleiben. Wenn wir Arbeiter aber für unsere Rechte kämpfen müssen, so ist es durchaus nicht gleich, wie hoch die Unterstützung im Einzelfalle ist. Eine Vorheit ist es zu sagen: „Ach, bei uns wird nicht gestreikt.“ So redeten schon oft Verbandsmitglieder. Diese waren aber meist die ersten, die in den Streik kamen und dann weiter über nicht ausreichende Unterstützung. Dann soll der Verband immer Ausnahmen machen aus nichts sagenden und nicht stichhaltigen Gründen. Die Leitung des Verbandes kann aber diese Ausnahmen nicht machen, weil auch sie sich halten muß an die Satzungen des Verbandes. Und genau so verhält es sich mit den anderen Unterstützungsarten. Je höher der Beitrag in ruhigen Zeiten, desto auskömmlicher die Unterstützung im Falle der Not. Darum zahle in der Zeit, dann hast du in der Not!

Einmal müssen ja auch wieder andere, und so Gott will, bessere Zeiten für das deutsche Volk und Vaterland andeuten. Einmal werden im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben die Gebote der Gerechtigkeit und Nächstenliebe wieder zur Geltung kommen müssen. Von einer neuen Wirtschaftsordnung, von Mitbestimmungsrecht und von Freiheit wird in unserer Zeit so viel und gerne geredet und geschrieben. Wir wollen aber nicht nur allein mitreden, sondern auch mitbestimmen im wirtschaftlichen, sozialen und öffentlichen Leben. Nun, wenn wir das alles wollen, dann müssen wir uns aber auch dementsprechend einstellen und die notwendigen Opfer bringen. Da hilft keine Drückbergerei, wenn es gilt, einen zeitgemäßen Verbandsbeitrag zu zahlen. Wer nicht in der Lage ist, für seinen Verband die notwendigen Opfer zu bringen, der verdient auch nicht, daß seine Lage gebessert wird.

Wertlos sind jetzt schöne Worte,
Opfer sind's, die man begehrt,
Wer sie bringt mit Holz und Kreude,
Ist auch unserer Sache wert.

Aus einer Kammerbude.

Lohnstreitigkeiten der Arbeiterschaft mit der Betriebsleitung sind seit Jahren bei der Firma Charwat, Apretur-Anstalt in Schönberg i. Schl., an der Tagesordnung. Gütliche Vereinbarungen kommen schon seit Jahresfrist nicht mehr zu Stande und sind fortgesetzt Verhandlungen und Termine vor dem Schlichtungsausschuß, dem Demobilisationskommissar und dem Gewerbegericht notwendig.

So sollte am 26. Februar 1923 eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß Schönberg stattfinden, zu der aber weder Herr Charwat noch ein Vertreter erschien. In einem zweiten Termin am 28. März wurde die Firma unter Vertretung der veralteten Einrichtungen ihres Betriebes zur Zahlung von 60% der jeweils geltenden Löhne des Bezirksrates in der Textilindustrie der Bezirksgruppe Landesmitverurteilt. Der Schiedspruch wurde vom Demobilisationskommissar für verbindlich erklärt. Die Firma erhob sofort Einspruch, wurde jedoch damit abgewiesen. Nun klagten die Arbeiter auf Grund des verbindlich erklärten Schiedspruches ihre Forderungen beim Gewerbegericht ein. Trotz Ladung erschien Herr Charwat weder am 11. Mai, noch zu dem auf den 4. Juli angesetzten zweiten Termin. Durch Versäumnisurteil wurde nun die Firma im zweiten Termin zur Zahlung von 62 092,50 M. an den Arbeiter (Betriebsabmann), 65 095 M. an den Arbeiter (Arbeiter), 25 595 M. an den Arbeiter Klein und 137 000 M. an den

Seiger Beer, zusätzlich 1000. Vorauszahlen ab 9. Juli und Ertragung der Kosten verursacht. Daraufhin erhielt zu nächst der Arbeiter Krause wegen seiner Teilnahme am Termin die Kündigung. Am 12. Juli erhielt die Firma das Urteil des Gewerbegerichts angeordnet. Prompt legte Krause wieder Berufung ein, während dem Seiger Beer wegen Zugehörigkeit zu unserem Verbands am 13. Juli gekündigt wurde.

Man sieht, es liegt System in dem Bestreben der Firma, die Arbeiterschaft auszubeuten. Herr Charwat hält allen Erstes noch im Monat Juli Löhne von 1000 bis 1500 M. für zu hoch und will die Arbeiterschaft mit dem fünften Teil der Löhne abspenken, die der allgemeine Tarif im Bereich der Bezirksgruppe Landeshut vorsieht. Es ist dies eine geradezu wucherliche Ausbeutung, wenn man bedenkt, daß die Firma ihre Lohnarbeiten nachweisbar entsprechend der jeweiligen Tariflöhne und zum Teil noch höher sich bezahlen läßt. Wie ein Arbeiter sich unter solchen Umständen noch reell und ehrlich durchs Leben schlagen soll, bleibt uns unerfindlich.

Aus dem bayerischen Allgäu

geht uns folgender interessanter Bericht über die besonderen Verhältnisse im südbayrischen Bayern zu:

Es dürfte kaum in gegenwärtiger Zeit in Deutschland eine Gegend oder einen Ort geben, der so mit Fremden überflutet wird, wie unser Allgäu. Tausende und Aber-tausende nisten sich für Wochen, ja sogar für Monate hier ein, um im Schwelgen und Prassen ihr Geld loszubringen. Jedem sollen einige Tage Erholung vergönnt sein; nicht aber dürfen solche Erholungen in eine Art ausschlagen, wie das jetzt in Fremdenverkehrsorten geschieht. Erholung? Wer laßt da nicht, wenn man all die Damen und Herren sieht, die nur darauf bedacht sind, elegant und schick gekleidet einherzugehen? Millionen und Milliarden werden ver-prahlt, die mühelos von diesen hartberzigen Menschen ver-dient wurden. Kein Preis ist zu hoch, der angelegt werden muß, um nur ein Unterkommen zu finden. Wer wundert sich dann, wenn die Arbeiterschaft mit der geballten Faust denen flucht, die ihnen die Lebensmittelpreise in die Höhe schrauben? Der karge Lohn reicht bei weitem nicht aus, um nur das Nötigste zum Essen zu kaufen. Unsere Ver-bandskollegen und Kolleginnen vom übrigen Deutschland haben uns sicher schon oft beneidet und werden gesagt haben, unsere Allgäuer schwimmen in Bu er und Fett. Ja, produziert werden bei uns jede Woche tausende Zentner Butter und Käse, aber kaufen können wir von den guten Sachen nichts, und zwar deshalb nicht, weil wir erstens zu wenig Geld haben und zweitens, weil es bei uns keine Butter gibt. Das klingt ungläublich, und doch ist es wahr. Aber die fremden Herrschaften in den Hotels haben Butter jodelt sie wollen.

Auf der anderen Seite haben wir zu verzeichnen, daß die Löhne bei jeder Tarifbewegung weit hinter der tat-sächlichen Leuerungssteigerung zurückblieben und eine Be-rei-derung eintrat, die allgemein bekannt ist. Die Ar-beitgeber haben die schlechte Konjunktur in einer Weise für sich ausgenützt, daß damit die Ruhe und Ordnung gefährdet wurde.

Es kam dann noch hinzu, daß an einigen Orten, so in Kempten, Immenstadt und insbesondere in Kotters die Organisationsmüdigkeit einen Umfang annahm, die der or-ganisierten Arbeiterschaft zur großen Gefahr wurde. Die Unorganisierten haben eine Hege entfaltet, die unerträglich wurde. Sie brachten sogar den traurigen Mut auf, Organi-sierte zu verpöhlen und zu verhöhnen, da sie dumm genug seien, Beiträge zu bezahlen, während man doch ohne Orga-nisation auch den Tariflohn erhalten würde.

Das Schlimmste leisteten sich aber einige Direktoren und andere Vorgesetzte dadurch, daß sie ihre Arbeiterschaft gegen ihre Führer aufzustacheln versuchten und den über-handnehmenden Unorganisierten nach allen Regeln der Kunst den Rücken stärkten. So kam es vor, daß in Kotters der Direktor und ein Obermeister sagten, wir machen nicht den Tarif, den magen eure Sekretäre, wenn ihr zu wenig Lohn bekommt, dann müßt ihr zu denen gehen. Eure Sekretäre sollen bei den Lohnverhandlungen besser draufdrücken, daß ihr mehr Lohn bekommt.

Ein weiteres Moment für die Unzufriedenheit der Ar-beiterschaft war darin zu suchen, daß in fast allen Betrieben die Löhnezahl der Maschinen über das höchstzulässige Maß hinausgetrieben wurde, so daß eine über alle Massen an-gestregte Arbeit verlangt wurde. Dazu kam noch eine ganz miserable Behandlung seitens der Vorgesetzten.

Alle diese Umstände haben es bewirkt, daß die All-gäuer Textilarbeiterseelen zum Kochen kam und an mehreren Orten, so in Kempten, Kotters, Immenstadt, Kaufbeuren und Blaisbach vor den Direktionsgebäuden Demonstrationen-veranstaltungen abgehalten wurden, bei denen es zum Teil recht stürmisch herging. Direktoren wollten herausgehen und versprechen, daß sie ihren Einfluß für die nächsten Lohn-verhandlungen geltend machen, höhere Löhne zu bewilligen. Bei diesen Versammlungen wurde aber auch mit den Unor-ganisierten fürchterlich abgerechnet. Die Arbeiterschaft war nicht mehr gewillt, mit diesem Schmarobertum weiterzu-arbeiten. In Kempten gab es nur noch ein „entweder“ oder. Die Drohung wurde auch wahr gemacht dadurch, daß eines schönen Tages der Betrieb stand, und zwar so-lange, bis die Unorganisierten sich wieder den Verbänden anmeldehen.

Es muß allerdings erwähnt werden, daß auch ein Teil unorganisiert war. Beim Deutschen Textil-arbeiterverband haben die Untersekretäre ihre Pflicht nicht getan und bei den Mitgliedern die Beiträge nicht einge-zogen und diejenigen, die nicht mehr bezahlen, beim Ge-schäftsführer nicht gemeldet. Wiederholt wurde die Ge-schäftsführung auf diese Missetaten aufmerksam gemacht, aber es wurde ihnen keine Beachtung geschenkt.

Die Arbeitgeber haben dazu ihr Möglichstes getan, noch mehr Unorganisierte zu züchten, und diesbezüglich nach jeder Richtung hin zu wirken. Sie haben ja das größte Interesse daran, die Organisationen zu sprengen.

Den Allgäuer Kollegen und Kolleginnen möchten wir zumuten, die Augen auf! Gab es je eine Zeit als die Löhne, so wie die Organisation notwendig brauchten als gegenwärtig? Was wären wir ohne Organisation? Wäre die Löhnerung nicht die gleiche? Wollen wir uns doch ein-ander einmal ernstlich fragen, was hätten wir für Löhne und was für eine Arbeitszeit? Fragt nur unsere Eltern, die früher 12 und 13 Stunden arbeiten mußten, beiden freien Sonntagsnachmittag hatten, ja sogar am Sonntag vormittag in den Betrieben mußten. Hätten unsere alten Köpfe und Kolleginnen Urlaub? Hätte früher einer das Recht, sich über etwas zu beschweren? Wie antworteten doch die Arbeit-geber, wenn sich jemand unternahm, dem Lohn zu ver-langen? Wenn es ihnen nicht paßt, dann lassen sie die gehen. Mit einem Wort, wir waren keine Menschen, wir waren Sklaven.

Christus hat die Arbeit gelehrt. Darum kehren wir nicht mehr zum Sklaventum zurück. Sorgt also dafür, daß unser Verband gestärkt wird. Die Fachorganisierten müssen gewonnen werden. Nicht mit niedrigen Beiträgen kann ein Verband die Interessen der Arbeiterschaft vertreten. Aber auch finanziell wollen wir unseren Verband stärken. Was kann denn eine Orga-nisation leisten, die nicht einmal die Hälfte eines Stunden-lohnes als Beitrag erhebt? Nur ein solcher Verband ist leistungsfähig, der auch in dieser Beziehung sein Statut ein-gählt. Ordnung und Disziplin muß in der Organisation sein, wenn nach außen hin Eindruck erweckt werden soll.

Aus unserer Arbeiterinnenbewegung.

Arbeiterinnenkonferenz und Versammlungen im Bezirk Hannover.

Am Sonntag, den 8. Juli, fand in Leinesfelde eine Konferenz der Arbeiterinnenkommissionsmitglieder des Bezirks Eichsfeld statt. Kollege Huke, Heiligenstadt er-öffnete und leitete diese Tagung. Als erster Redner sprach Kollege Lenzing-Hannover. Er gab in seinem Vortrage ein klares Bild über die Entstehung und Entwicklung der christlichen Gewerkschaften, insbesondere unseres Verbandes. Zunächst schilderte der Redner das große Elend der Textil-arbeiterin in den 60er Jahren des vorigen Jahrhun-derts. Wie die Arbeiterschaft durch die überaus schlechte Entlohnung und Behandlung seitens der Textilindustriellen fast zur Verzweiflung getrieben wurde. Wie sie auf wirt-schaftlichem und geistigem Gebiet völlig unterdrückt war. Nur durch Zusammenschluß der Arbeiterschaft in Gewerkschaften konnte diesem Elend gesteuert und könnten menschen-würdige Verhältnisse geschaffen werden.

Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Delegierten den Ausführungen des Kollegen Lenzing. Alsdann gab die Kollegin Woltasky-Düsseldorf einen Überblick über den Stand unserer Arbeiterinnenbewegung im ganzen Ver-bandsgebiet. Daraus war zu entnehmen, daß in allen Verbandsbezirken Fortschritte zu verzeichnen sind. In manchen Ortsgruppen sei geradezu vorbildlich gearbeitet worden. Auch in unserer weiblichen Jugendbewe-gung können wir schon manch schöne Erfolge verzeichnen. Ferner sprach die Kollegin Woltasky über die Aufgaben der Arbeiterinnenbewegung innerhalb un-seres Textilarbeiterverbandes. Sie erläuterte ferner die Richtlinien für die Tätigkeit der Kommissionsmit-glieder und gab praktische Ratschläge für einzelne Arbeiten.

Zu dieser Tagung waren auch die Vorstände der Orts-gruppen erschienen, die mit lebhaftem Interesse der Tagung beiwohnten und den Kolleginnen versicherten, ihnen in ihren Bestrebungen mit Rat und Tat jederzeit beizustehen. Die Arbeiterinnenbewegung in unserem Sinne geführt, trägt nicht zu einer Absonderung der Kolleginnen von den Kollegen bei, sondern bewirkt das gerade Gegenteil. Überall, wo die Arbeiterinnenbewegung richtig eingeführt wird, haben wir zu verzeichnen, daß die Kolleginnen größeres Verständnis und Interesse der Gewerkschaftsarbeit entgegenbringen und prak-tische Arbeit auf dem Gebiete der Agitation, Beitragsfrage und Versammlungswesen leisten. Aber auch als Betriebs-ratsmitglied haben sie wertvolle Arbeit speziell für das Frauengeschlecht zu verrichten und zwar in bester Zu-sammenarbeit mit den Kollegen.

Beschäftigt die Textilindustrie Tausende von Frauen und Mädchen, so ist sie auch verpflichtet, der körper-lichen und seelischen Einstellung der Frau Rechnung zu tra-gen. Dies zu verlangen, ist das Recht unserer Kolleginnen. Um dies in noch weiterem Maße zu erreichen, muß die er-werbstätige Frauenvwelt geschlossen dafür eintreten und der Woman tie nach Kräften unterstützen. Letzten Endes beruht darin auch sein eigener Vorteil. Je weniger schädlich die Arbeit auf den Organismus der Frau einwirken kann, um so gesünder und lebensfroher wird sie sein. Eine solche Frau trägt dazu bei, das Glück des Mannes und der Fa-milie zu begründen. Noch weiter gedacht, im volkswirt-schaftlichen Sinne, wird ein starkes und frohes Frauen-geschlecht der Welt wiederum in den Kindern ein starkes, lebensfrohes Volk schenken.

Kollegin Woltasky erinnerte aber auch daran, daß die Kolleginnen neben den wirtschaftlichen Interessen nicht die geistige Weiterbildung vernachlässigen möchten. Zu leicht streift das Fabelleben viel edle Weiblichkeit ab, den schönsten Schatz, den ein Mädchen bezu. Frau besitzt. Mit zu den Aufgaben unserer christlichen Arbeiterinnenbewegung gehört es, aufklärend, beratend und schützend den Kolleginnen zur Seite zu stehen, damit sie auch in harter Fronarbeit, im Kampf was Dasein dennoch ihre edle Weiblichkeit sich bewahren. Während des Vortrages nahmen die Kollegen Lenzing und Huke an Lohnverhandlungen mit den Vertre-tern des eichsfeldischen Arbeiterverbandes teil. Der Kolle-ge Lenzing gab das Ergebnis derselben alsbald bekannt. So konnten die Delegierten dieser Tagung auch noch diese freudige Nachricht mit nach Hause nehmen.

Kollege Huke schloß mit dem Wunsch, daß unsere christ-liche Arbeiterinnenbewegung auf dem Eichsfelde nun auch reiche Früchte bringen möge.

Anschließend an diese Tagung fanden noch gut vorbe-reitete Arbeiterinnenversammlungen in Hegerode, Fulda und Gieshildeshausen statt. Auch diese sehr gut verlaufenen Ver-sammlungen werden dazu beitragen, den christlichen Ge-werkschaftsgebänden zu festigen und speziell auch die christ-liche Arbeiterinnenbewegung im Bezirk Hannover zu fördern.

In Fulda wurde anschließend an die Arbeiterinnen-versammlung noch eine Kommissionsitzung abgehalten, in der die örtlichen Verhältnisse besprechend, das Auf-gabengebiet der Arbeiterinnenkommissionen erörtert wurde. Sehr zu begrüßen ist, daß wir gerade in diesem Bezirk, wo die Kolleginnen so manchen Kampf mit den Genossinnen zu bestehen haben, voll Begeisterung für unsere christliche Bewegung eintreten. Diese Arbeiterinnenversammlung war auch von Genossinnen besucht, die nicht nur unfreiwillig sich noch im sozialistischen Lager befinden und gewiß bald den Weg in unsere christliche Gewerkschaft nehmen werden, wo sie ihrer christlichen Weltanschauung nach auch hingehören.

Besondere Bekanntmachungen.

Eine große Ersparnis für den Verband kann erzielt werden, wenn möglichst oft und mit pein-licher Genauigkeit durch die Vorstände der Ortsgruppen und durch die Leiter der Sekretariatsbezirke festgestellt wird, daß nicht mehr Verbandszeitungen be-zogen werden als Mitglieder in den Orts-gruppen vorhanden sind. In der letzten Zeit war bei der Verbandzentrale wiederholt eine gründ-liche Durchsicht der Verbandsliste vorgenommen. Jedes-

mal stellte sich heraus, daß eine erhebliche Zahl von Ortsgruppen weit mehr Zeitungen bezogen als sie Mitglieder hatten. Daburch wird der Verband allwöchentlich um zehntausende Mark geschädigt. Ortsgruppenvorstände und Sekretariatsleiter werden darum dringend gebeten, in möglichst kurzen Zeitabschnitten die Listen der Bezücker unseres Verbandsorgans mit den wirklich vorhandenen Mitglieds-zahlen zu vergleichen und alle überzähligen Exemplare bei der Verbandsleitung in Düsseldorf abzugeben.

Die Zustellung des Verbandsorgans

kann vorläufig nur 14-tägig erfolgen. Die zwingenden Gründe für diese Maßnahme wurden unter dieser Rubrik in den beiden zuletzt erschienenen Nummern des Verbandsorgans bekannt gegeben. Durch besondere Maßnahmen der Befugungsbehörden kann auch zeitweilig der schriftliche Verkehr mit der Verbandzentrale gestört werden. In einem solchen Falle müssen trotz aller etwa eintretenden Hemmungen die Verbandsge-schäfte in allen Ortsgruppen und Bezirken ordnungs-mäßig weiterhin erledigt werden. Unter allen Um-ständen sind allwöchentlich die Beiträge zu erheben und müssen möglichst oft Zwischen-zahlungen auf unser Postfachkonto geleistet werden.

Gemeinnützige Feins- und Feuerversicherung.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß die bei den Herren Fein- und Feuersbrand Köln und Willi Menzler, Troisdorf nicht mehr als Vertreter für unsere gemeinnützige Feins- und Feuerversicherung tätig sind. Die Kollegen werden im eigenen Interesse gebeten, bei den genannten Herren keine Versicherungen zum Abschluß bringen zu wollen.

Gesamtverband der christl. Gewerkschaften Deutschlands.

Abt. Volks- und Lebensversicherung, Köln a. Rh., Venloerwall 9.

Neue Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge.

Die Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung betragen vom 30. Juli ab:

	A	B	C	Du. E
1. für männliche Personen:				
a) über 21 J., sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	33000	31000	29000	27000
b) über 21 J., sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben	29000	27000	25000	23000
c) unter 21 Jahren	20500	19000	17500	16000
2. für weibliche Personen:				
a) über 21 J., sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	29000	27000	25000	23000
b) über 21 J., sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben	25000	23500	21500	20000
c) unter 21 Jahren	18000	17000	16000	15000
3. als Familienzuschläge für:				
a) den Ehegatten	12500	11500	11000	10000
b) die Kinder und sonstige unter-stützungsberechtigte Angehörige	10000	9500	8500	8000

Richtigstellung.

In der in der vorigen Nummer wiedergegebenen Ver-öffentlichung des Korrespondenzblattes betr. das Ergebnis der Untersuchung in Sachen des gefälschten Arbeit-gebers und Schreibens ist, wie uns vom Deutschen Textilarbeiterverband geschrieben wird, ein Irrtum enthalten. Es heißt in der Notiz u. a.: „Festgestellt wurde auch, daß die Angaben des „Textilarbeiters“, sein Gewährsmann sei ein alter, dem Textilarbeiterverband angehörtender Gewerkschaftsfunktionär, richtig sind.“ Dies ist falsch. Es muß heißen: „Festgestellt wurde auch, daß die Angaben des „Textilarbeiters“, sein Gewährsmann sei ein alter, dem Textilarbeiterverband nicht angehörtender Gewerkschafts-funktionär, richtig sind.“

Wir hatten die Notiz dem Korrespondenzblatt des All-gemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes entnommen. Durch den Textilarbeiterverband ist das Korrespondenzblatt auf seinen Irrtum aufmerksam gemacht worden. Dieses hat auch den Sachverhalt schon richtig gestellt.

Briefkasten.

S. C. M. Gladbach. Bei den himmelanstrebenden Pa-pierpreisen können so lange Artikel unmöglich aufgenommen werden. Uebrigens haben wir schon wiederholt über die Stellung der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zur Frage der Arbeitszeit berichtet. Die Angelegenheit ist von ört-lichem Interesse, wenigstens insoweit diese Agitations-methoden unserer Gegner in Frage kommen. Darum be-handele die Sache in der Lokalpresse.

W. S. Greiz. Die Veröffentlichung eines Berichtes über den Verlauf eurer Konferenz in Zwidaun konnte deswegen bis jetzt nicht erfolgen, weil ein diesbezüglicher Bericht noch gar nicht eingegangen ist. Vielleicht gedenkt der Bericht-erfasser noch die nächste Konferenz abzuwarten und dann summarisch über mehrere Konferenzen zugleich zu berichten. Auch eine Rücksichtnahme auf den engebrenzten Raum unseres Blattes, die aber hoffentlich keine Nachahmung findet.

P. L. Rath. Dein Bericht kann die verlangte Raumver-schwendung nicht finden. Die Bedeutung des Inhaltes steht in einem umgekehrten Verhältnis zur Länge des Berichtes. **S. R. Evesfeld.** Selbstredend kannst Du auch darüber an unser Verbandsorgan unter der Rubrik: Berichte aus den Ortsgruppen, schreiben. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß diese Rubrik nur für Versammlungs- und Konferenz-berichte da sei.

Inhaltsverzeichnis.

Deutschland stirbt nicht! — Artikel: Untergang oder Rettung? — Der Deutschen Grundrechte und Grundpflichten. — Der Dollar 4800 Mark! — Aufhebung und internationaler Bund der christlichen Gewerkschaften. — Senkton: Die Berufsfrage und die industrielle Arbeiterin! — Aus-ferer Bewegung: Der wöchentliche Beitrag muß gleich sein einem Stundenlohn. — Unsere Führer als Geiseln der Be-satzungstruppen. — Wertbeständige Löhne, wertbeständige Ver-bandsbeiträge. — Aus einer Kammerhube! — Aus dem bay-rischen Allgäu. — Aus unserer Arbeiterinnenbewegung: Ar-beiterinnenkonferenz und Versammlungen im Bezirk Hannover. — Besondere Bekanntmachungen. — Richtigstellung. — Brief-kasten.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Lönnerstr. 33.